

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Es werden keine Einwände oder Zusätze vorgebracht.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 28.02.2017

Zum Protokoll vom 28.02.2017 sind keine Hinweise oder Änderungswünsche eingegangen. Auf Nachfrage werden solche auch nicht vorgetragen. Das Protokoll gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Information der Beauftragten zur aktuellen Projektförderung der Frauen-/Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree, verantwortw.: Frau Bartolf, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Schokat, Mitarbeiterin der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises, Frau Bartolf, nimmt in ihren Ausführungen Bezug auf die am 25.03.2002 im Kreistag beschlossene Richtlinie zur Projektförderung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit und berichtet über die für 2017 geplanten Projekte nebst Kosten für den Landkreis Oder-Spree gegliedert nach Ort und Träger. Die Ausführungen können der **Anlage 1** entnommen werden.

In Ergänzung zum Bericht merkt der Ausschussvorsitzende, Herr Balzer, an, dass die Richtlinie nach so vielen Jahren wieder mehr Beachtung finden und die Probleme aufgegriffen werden sollten, um die Projektförderung intensiver unterstützen zu können. Er bittet, gerichtet an Herrn Isermeyer, außerdem darum darauf zu achten, dass die Entscheidungen über die Projektförderung in den Aufgabenbereich des Fachausschusses Soziales und Gesundheit fallen und nicht anderweitig getroffen werden sollten.

Herr Passow bemängelt die wirksame Öffentlichkeitsarbeit, da die Ergebnisse kaum nach außen sichtbar sind. Frau Niels berichtet diesbezüglich über ihre positiven Erfahrungen und bittet zu bedenken, ob nicht eine hauptamtliche Stelle des Beirates auf Kreisebene geschaffen werden könne.

Herr Balzer verweist darauf, dass hierzu regelmäßig ein Bericht der Gleichstellungsbeauftragten notwendig ist und beruft sich auf § 17 der Hauptsatzung, wonach ein Gleichstellungs-/Integrationsbeirat für den Landkreis Oder-Spree gebildet werden kann.

Die Bitte an die Fraktionen ist, dieses Thema aufzugreifen, so dass im nächsten Kreistag die Forderung zur Ausschreibung aufgestellt werden könnte. Herr Balzer richtet seine Bitte gleichzeitig an die Presse, das Interesse der Öffentlichkeit an der Mitarbeit in der Integrations-, Senioren- oder /Behindertenarbeit medienwirksam anzuregen.

Frau Wagner ergänzt die Bitte, dass vor dem Schritt an die Öffentlichkeit für diese Arbeit und Ausschreibung im Ausschuss geklärt werden müsse, welches Aufgabengebiet die Arbeit der Beiräte umfasst, da die Erfahrung zeigt, dass die Aufgabenstruktur der Beiräte nicht mehr ganz zeitgemäß ist, sie sich überflüssig vorkommen und wieder auflösen.

Herr Hilke erwidert hierauf, dass die Struktur aus der Kommunalverfassung ersichtlich wird und gerade das Vorschreiben der Arbeitsaufgaben nicht im Sinne der Kommunalpolitik sei, da auf diese Art und Weise nur der Aufgabenkatalog abgearbeitet werde.

Herr Isermeyer, kommissarischer Dezernatsleiter, Dez. I, ergreift das Wort, stellt sich in seiner neuen Funktion vor und erläutert im Ansatz die Vorhaben in Bezug auf den Umgestaltungsprozess innerhalb des Landkreises Oder-Spree. Unter anderem stellt er die Überarbeitung Richtlinie und Förderung der sozialen, ambulanten Dienste in den Mittelpunkt, um einerseits die tatsächlichen Aufgaben, Inhalte und Bedarfe zu erfassen, so dass in Zusammenarbeit mit den Sozialämtern eine zeitgemäß angepasste Förderung realisiert und andererseits durch Rückkopplung eine Refinanzierung durch andere kommunale Träger sowie Krankenkassen, Organisationen und Vereine erreicht werden könnte.

Abschließend weist er darauf hin, dass dieser weitreichende Prozess sicherlich nicht in Kürze seinen Abschluss finden wird, bestimmt einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt und effektiv zur Diskussion und Planung genutzt werden sollte.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Information der Beauftragten zum Stand der Arbeit des Kreisseniores- und Kreisbehindertenbeirates, verantwortl.: Frau Bartolf, Gleichstellungsbeauftragte

Herr Balzer übergibt das Wort an den Seniorenbeiratsvorsitzenden des Landkreises Oder-Spree, Herrn Karbe. Dieser stellt sich kurz vor und informiert die Anwesenden darüber, welche Schwerpunkte die Arbeit des Kreissenioresbeirates in diesem Jahr bilden. Die Ausführungen sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Auf Nachfrage von Herrn Winkel erläutert Herr Karbe, dass der zu erarbeitende Fragenkatalog unter Anpassung an den vorliegenden 7. Altenbericht der Bundesregierung und Berücksichtigung der städtischen und ländlichen Infrastruktur eine Arbeitsgrundlage bilden und eine wichtige Rolle in der Planung des Kreishaushaltes spielen kann.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Informationen aus dem Gesundheitsamt, verantwortl.: Frau Dr. Baumann, AL Amt 53

Stellvertretend für Frau Dr. Baumann, AL des Amtes 53, berichtet Herr Stelle, der selbst im Bereich der Amtsleitung des Gesundheitsamtes tätig ist, über den Werdegang der Bewältigung der schwierigen Gesamtsituation im Gesundheitsamt des vergangenen Jahres.

Er führt aus, dass es unter Beschreitung neuer Wege in diesem Jahr erstmals gelungen ist, die Schul- und Berufstauglichkeitsuntersuchungen fristgerecht abzuschließen.

Als Erfolg kann ebenso verzeichnet werden, dass die freigewordenen bzw. unbesetzten Arztstellen vergeben werden konnten. Der letzte Kollege wird im Juli 2017 seine Arbeit aufnehmen. Was jedoch nicht bedeutet, dass die 100-%ige Arbeitsfähigkeit hergestellt ist. Die Einarbeitungsphase und die Aufarbeitung des jahrelangen „Tiefs“ werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Große Bedeutung wird der Aus- und Weiterbildung der Kollegen beigemessen, so werden im Bereich des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes in den nächsten Jahren drei Kollegen als Fachärzte für den Öffentlichen Gesundheitsdienst qualifiziert.

Herr Stelle weist darauf hin, dass bei dem komplizierten Umgestaltungsprozess innerhalb des Landkreises Oder-Spree die altersbedingten Personalabgänge, die unter anderem auch das Gesundheitsamt in den nächsten Jahren betreffen, eine wichtige Rolle spielen. Das personelle Tief der Vergangenheit solle nicht wieder zum Vorschein treten.

Weitere Fortschritte konnten im Bereich der Frühförderung erreicht werden. Die Konzentration auf dieses Thema, die Neubesetzung der Stelle und die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt in Form einer Arbeitsgruppe haben einen neuen Ablauf und somit eine neue Qualität hervor gebracht; perspektivisch gesehen, ist eine Kostenersparnis ersichtlich.

Neue Wege werden im Sachgebiet Hygiene beschritten, da eine Mitarbeiterin Anfang 2019 in den Ruhestand wechseln wird. Leider wird die Fachrichtung Hygieneinspektor nicht ausgebildet und die Überlegungen gehen in die Richtung selbst auszubilden. Somit besteht die Möglichkeit, die Mitarbeiterin/den Mitarbeiter konkret an die Aufgabe heranzuführen und eventuell durch die Ausbildung mehrerer Mitarbeiter eine Auswahl und eine Bindung zum Landkreis zu schaffen.

Im Prozess der Umstellung der EDV für die gesetzeskonforme Erweiterung stellen die Regularien eine Hürde dar. Dank der vielfältigen Vorarbeiten des Amtes 10, dem Datenschutzbeauftragten und der anderen Beteiligten sind die Vorbereitungen abgeschlossen worden, so dass die notwendige Verfahrenssoftware für das Gesundheitsamt und speziell für den Bereich Hygiene zeitnah eingeführt werden kann. Die Datenkonvertierung wird extern vorgenommen; nach Abschluss (evtl. ab Juni 2017) wird die Software im ersten Sachgebiet in Betrieb genommen. Ebenso erfolgt die schrittweise Ausstattung der Mitarbeiter mit Mobiltelefonen, um die Erreichbarkeit im Außendienst nunmehr zu gewährleisten.

Durch die Umstrukturierung innerhalb der Kreisverwaltung sind im Haus K Räume des Gesundheitsamtes für das Amt 58 zur Verfügung gestellt worden. Bei Anwesenheit aller neuen Mitarbeiter im Gesundheitsamt reicht nun die Kapazität der Büros nicht mehr aus. Erste Gespräche für die Bereiche Beeskow und Eisenhüttenstadt wurden bereits geführt. Unter Bezugnahme auf die erfolgreiche Durchführung der Einschulungs- und Berufstauglichkeitsuntersuchungen richtet Herr Stellke den Blick auf die Standortverteilung im Untersuchungszeitraum, um unzumutbare Wege zu ersparen und die Arbeit vor Ort zu erleichtern.

Herr Stellke informiert über die erforderlich gewordene Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsamt und dem Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration im Wege der Abschiebung. Es müssen Grundlagen geschaffen werden, da die neue Situation schlecht abschätzbar ist.

Hierzu kommt die Arbeit mit dem Seuchenalarmplan. Neue Vorgaben und Themen müssen Berücksichtigung finden. Ein Referent konnte gewonnen werden, der auf diesem Gebiet unterstützen wird. Ziel ist es, durch Gespräche und Veranstaltungen die Personen unter anderem auf den Katastrophenschutz vorzubereiten und zu schulen. Eine Konferenz wird derzeit für Oktober 2017 vorbereitet.

Herr Balzer übergibt auf Anfrage das Wort an Herrn Winkel, der nachfragt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass die neuen Kollegen des Gesundheitsamtes dauerhaft im Landkreis bleiben. Herr Stellke erläutert, dass die Einstellungen regulär stattgefunden haben und das Vorhaben besteht, durch ein positives Klima und fest gesteckte Aufgaben den Arbeitsalltag für alle noch attraktiver zu gestalten. Entsprechend wird sich die Außenwirkung verbessern.

Herr Balzer bedankt sich für die Ausführungen und übergibt an Frau Kaiser, AL des Amtes 58.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Information zur Integration von Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree, verantwortw.: Frau Katja Kaiser, AL Amt 58

Frau Kaiser, Amtsleiterin des Amtes 58, berichtet in Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Stellke bezüglich der Raumsituation, dass der Umzug des Amtes 58, speziell der Ausländerbe-

hörde und des Sachgebietes Leistungsrechnung/Asyl, nach einem Jahr der Gründung des Amtes komplett vollzogen ist und somit die Arbeit in den Häusern J und K in der Liebknechtstraße aufgenommen wurde.

Sie führt weiter aus, dass laut der neuen Planungszahlen von Landesseite mit 652 Neuzugängen zu rechnen ist; Ist-Stand 30.04.2017 sind 113 Neuzugänge. Hierzu gehören Geburten und Familienzuzüge. An erster Stelle sind die Länder Syrien, Kamerun, Iran, Eritrea, Afghanistan und Somalia.

Die Unterkünfte sind mit 85 %, die Wohnverbände und Wohnungen mit 84 % ausgelastet. Im Mai 2017 startet das Projekt „Trainingswohnen“ innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte, um die Prinzipien eines dezentralen Wohnens zu vermitteln. Trotz Wohnsitzauflage besteht oftmals der Wunsch, in größere Städte, wie Frankfurt (Oder) und Cottbus, umzuziehen, was nach wie vor das Problem für die angebotenen Integrationsmaßnahmen darstellt.

Frau Kaiser berichtet weiter, dass zum 01.07.2017 der Fachberatungsdienst seine Arbeit aufnimmt. Der Kreisausschuss wird in der Sitzung am 31.05.2017 über die Vergabe entscheiden. Wegen der örtlichen Gegebenheiten in Frankfurt (Oder) sind die Gespräche noch nicht abgeschlossen.

Auch im Hinblick auf die Bildungssituation gehen Bemühungen dahin, dass über das Amt derzeit Bildungsketten gegliedert nach Aufenthaltstiteln und Bleiberecht ausgearbeitet werden. Frau Kaiser stellt die im Amt 58 als Bildungskoordinatorin tätige Frau Sosin vor und Herr Balzer übergibt ihr das Wort.

Frau Sosin legt dar, dass ihr der Einstieg über das Bundesprogramm ermöglicht wurde. Derzeit ist Schwerpunkt der Arbeit gemeinsam mit anderen Bildungskoordinatoren im Land Brandenburg Schnittstellen zu filtern, Angebote, Gegebenheiten und Bedarf zusammenzustellen. Kontakte wurden bereits zur Agentur für Arbeit geknüpft, um die Bildungsangebote besser auf die Bedarfe auszurichten. Ein Bildungswegweiser bzw. eine –handreichung sowie Übersichten über Förderprogramme und –mittel befinden sich bereits in Arbeit.

Herr Balzer übergibt das Wort an Herrn Isermeyer, der den regen Erfahrungsaustausch zum Jugendamt anregt, da gerade aus dem Übergang Jugend-/Berufshilfe und Jugendwerkstatt einige Aktivitäten – wie z. B. Jugend stärken im Quartier – und die Arbeit der Eltern-/Kindgruppen in die Flüchtlingsarbeit einbezogen und gemeinsam positive Strategien erarbeitet werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Hilke, inwieweit die Aussichten der Ausbildung und Angebote nach Schulabschlüssen oder projektbezogenen Abschlüssen und unter Rücksicht auf Aufenthalts-/Bleiberecht positiv zu sehen seien, verweist Frau Kaiser auf die Übersicht der Integrationsangebote bzw. –maßnahmen und Vermittlungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die als Anlage 3 beigefügt ist.

Ergänzend führt Frau Kaiser aus, dass laut Auskunft der Ausländerbehörde für 900 Personen Verpflichtungen ausgestellt wurden. Die tatsächliche Teilnahme weicht jedoch ab, da häufig Umzüge, die Kinderbetreuung und die Mischung verschiedener Nationalitäten in einzelnen Kursen als Problem entgegenstehen.

Frau Freninez bittet darum, „reine Frauenkurse“ in Erwägung zu ziehen, um eine Gleichberechtigung zu erreichen, die aufgrund in des Glaubens auch in Deutschland von Asylbewerbern nicht gegeben ist.

Ebenso stellt sich ihr die Frage, warum keine übersichtlichen Zahlen der möglichen Teilnehmer vorliegen.

Frau Kaiser weist darauf hin, dass über die Träger nicht immer und vom BAMF gar keine Zahlen zur Verfügung gestellt wurden und werden, da diese nicht vorhanden seien. Hier klafft offensichtlich eine Lücke, die bisher nicht geschlossen werden konnte.

Weitere Bitten und Anfragen zu TOP 7 gibt es nicht.

Herr Balzer übergibt das Wort abschließend an Herrn Isermeyer, der um Verschiebung des Sitzungstermins des Fachausschusses vom 29.08.2017 auf

Donnerstag, **31.08.2017**,
(in Eisenhüttenstadt, in der Räumen der GEWI, Adresse wird noch bekannt gegeben)

bittet. Es bestehen keine Bedenken.

Herr Balzer bedankt sich bei allen Anwesenden, beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

zur Kenntnis genommen

gez.
Frank Balzer
Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales
und Gesundheit

Sina Pöhlmann
Protokollantin